

EIL-A6NEU3 We want you(r): Wohnraum!

Gremium: Bundesvorstand Campusgrün
Beschlussdatum: 01.06.2018
Tagesordnungspunkt: 7.7.3 Inhaltliche Anträge

2693 Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte sieht im Artikel 25 – „Recht auf
2694 einen angemessenen Lebensstandard“ für jeden Menschen das Recht auf eine Wohnung
2695 vor. Wir fordern, dass dieses Recht ernst genommen wird und jeder Mensch
2696 lebenswerten Wohnraum zur Verfügung hat. In den meisten Städten in Deutschland
2697 ist das Thema Wohnen jedoch zu einer existentiellen Frage geworden. Personen mit
2698 niedrigen und mittleren Einkommen leiden darunter, dazu gehören meistens auch
2699 Studierende. Neben finanziellen Einschränkungen spielen oft soziale Merkmale
2700 eine Rolle, aufgrund dessen bestimmte Personengruppen bei der Wohnungssuche
2701 benachteiligt werden. Im studentischen Milieus sind dies oftmals ausländische
2702 Studierende, die während der Wohnungssuche diskriminiert werden. Neben einer
2703 Erhöhung, Ausweitung und Anpassung der BAföG-Leistungen an lokale Gegebenheiten
2704 fordert Campusgrün weitere Verschärfungen und Etablierung von Instrumenten, um
2705 die Verteuerung von Wohnraum und den Wohnungsmangel zu bekämpfen, damit Wohnraum
2706 wieder mehr an die Wohnbedürfnisse von Menschen auszurichten. Zusätzlich zu dem
2707 Beschluss „Wohnungsnot bekämpfen – Günstigen Wohnraum schaffen!“ aus dem Jahr
2708 2013 sieht Campusgrün folgenden Handlungsbedarf:

2709 1. Verschärfung der Mietpreisbremse

2710 Die momentane Form der Mietpreisbremse hat sich überwiegend als wirkungslos und
2711 ineffektiv erwiesen: Sie greift nicht konsequent genug und nur in bestimmten
2712 Regionen, Wiedervermietungsflächen liegen oftmals weiterhin über der
2713 festgesetzten Obergrenze und Verstöße können nicht konsequent verfolgt und
2714 geahndet werden. Daher fordert Campusgrün folgende Aspekte zur Verbesserung der
2715 Mietpreisbremse:

- 2716 • Berechnung der Mietspiegel ändern: Anzahl der vorangegangenen Jahre
2717 erhöhen, die für die Abbildung der Mietentwicklung in den Mietspiegeln
2718 ausschlaggebend sind
- 2719 • Schonzeitraum verlängern, in dem keine Mietsteigerungen möglich sind und
2720 gleichzeitig Erhöhungsmöglichkeiten verringern
- 2721 • Umlegung von Modernisierungskosten begrenzen, indem darauffolgende
2722 Mieterhöhungen nur im Rahmen ortsüblicher Vergleichsmieten erfolgen dürfen
- 2723 • Verstöße als Ordnungswidrigkeit ahnden und den Zeitraum für Rückzahlungen
2724 auf den Beginn des Mietverhältnisses erweitern
- 2725 • Auskunftspflichten über Errechnung der Miete von Vermieter*innen gegenüber
2726 Mieter*innen einführen

2727 2. Schluss mit Spekulationen – ökologisches, nachhaltiges und sozial-
2728 verträgliches Bauen statt leeren Wohnflächen!

2729 Neben steigender Mieten stellt auch fehlender Wohnraum ein Problem dar: Das
 2730 Angebot kommt der Nachfrage in den Städten nicht hinterher. Für eine Trendwende
 2731 ist es ausschlaggebend, dass sich Leerstand und Nichtbebauung nicht mehr lohnen,
 2732 damit potentielle Wohnflächen nicht als Spekulationsobjekte missbraucht werden.
 2733 Dort, wo nur noch wenig Fläche zur Verfügung steht, können Nachverdichtungen
 2734 Umwidmungen von leerstehenden Gewerbeflächen und experimentelle Wohnformen als
 2735 Nutzung urbaner Nischen auch auf ökologische und nachhaltige Weise
 2736 Wohnraumangel entgegenwirken. Es müssen Regelungen für Neubauten,
 2737 Nachverdichtungen und Sanierungen geschaffen werden, die darauf hinwirken, dass
 2738 der zur Verfügung stehenden Raum ökologisch, energiebewusst und
 2739 bedarfsorientiert genutzt wird und Nichtbebauung von Flächen sowie Leerstand von
 2740 Gebäuden sanktioniert. Campusgrün fordert daher:

- 2741 • Baulandsteuer bei der Nichtbebauung von Wohnflächen einführen, zusätzlich
 2742 zu der bereits von Campusgrün geforderten Steuer auf Leerstand
- 2743 • Stufentarife bei der Grunderwerbssteuer einführen
- 2744 • Reformierung der Grundsteuer hin zur Bodenwertsteuer
- 2745 • Nachverdichtungen wie Dachaufstockungen an ökologisch sinnvollen Orten
 2746 steuerlich begünstigen
- 2747 • Gesetzliche Regelungen zur Verringerung des Flächenbedarfs, die zur
 2748 Schaffung der notwendigen Wohneinheiten führen
- 2749 • Schaffung von Räumen und Abbau von Hürden für Wohnprojekte, experimentelle
 2750 Wohnkonzepte und forschendes Wohnen

2751 3. Förderung bezahlbaren Wohnens

2752 Neben einer verschärften Mietpreisbremse und der Unterbindung von
 2753 Immobilienspekulationen benötigt es vor allem auch sozialen Wohnungsbau und
 2754 Wohnungsbau im Sektor der niedrigen Mieten, um den Bedarf an bezahlbarem
 2755 Wohnraum für alle zu decken. Personen mit niedrigem Einkommen sind häufig auf
 2756 sozialen Wohnungsbau angewiesen. Studierende sind zusätzlich noch auf
 2757 ausreichende und mit Bafög bezahlbare Wohnraumplätze, sowie auf eine angemessene
 2758 BAföG-Wohnraumpauschale angewiesen, beides ist momentan nicht gegeben. Daher
 2759 fordert Campusgrün:

- 2760 • Förderung des sozialen Wohnungsbaus ausweiten, für eine ausreichende
 2761 Finanzierung über den Bund ist hier eine Grundgesetzänderung notwendig
- 2762 • Förderung von experimentellen und forschenden Wohnkonzepten die den
 2763 Flächenbedarf unserer aktuellen Wohngewohnheiten überdenken
- 2764 • Investitionszuschüsse bei der Bereitstellung (Umbau, Neubau) von Wohnungen
 2765 im Sektor der niedrigen Mieten und zu Wohnungsbaugenossenschaften
- 2766 • Zusätzliche Bezuschussung der Sanierung und des Neubaus von
 2767 Wohnheimplätzen über den Bund
- 2768 • Orientierung der BAföG-Wohnraumpauschale an lokalen Mietspiegeln

2769 Deshalb unterstützen wir die Aktionen des Protestbündnis Lernfarbiken... meutern!
2770 und anderen potenziellen Mitstreiter*innen zu Beginn des neuen Semesters, die
2771 sich neben der bedarfsgerechten Finanzierung der Hochschulen, unsere Forderungen
2772 für eine funktionierende Mietpreiskontrolle und ein eltern-, alters- und
2773 semesterunabhängiges bedarfsdeckendes BAföG in Höhe von 840€ stark machen.

2774

2775 4. Gemeinsamer Kampf für bezahlbaren Wohnraum – Solidarität mit Hausbesetzungen

2776 Die aktuellen Hausbesetzungen in Berlin machen noch einmal verstärkt auf die
2777 problematische Situation des Wohnungsmarkts - nicht nur in Berlin - aufmerksam.

2778 Die Mieten steigen trotz gesetzlicher Mietpreiskontrolle immer weiter an.

2779 Campusgrün schließt sich daher der Solidaritätserklärung der GRÜNEN JUGEND an:

2780 Der politische Skandal sind nicht die Hausbesetzungen, sondern die immer weiter
2781 steigenden - kaum noch bezahlbaren – Mieten (1).

2782 (1)[https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-](https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html)
2783 [gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html](https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html)

Unterstützer*innen

Robin Ebbrecht (GHG Stendal)